

Bauernopfer in Oberfranken

Was der Zuschauer nicht mitbekommt: Vormachtkämpfe hinter den Kulissen von OberfrankenTV

In der oberfränkischen Medienlandschaft wird eine neue Partie gespielt – diesmal geht es um die Zukunft des Lokalfernsehens. Auf dem Brett treffen relativ unbedarfte und erfahrene Investoren sowie regionale Medienkonzerne aufeinander – einige Teilhaber wollen ihr eigenes Fernsehen machen, koste es, was es wolle. Ein Spiel, das unterm Strich keiner gewinnen kann. Bauernopfer hat es trotzdem gegeben.

Hofer Eröffnung

Mit der rekordverdächtigen Zahl von 21 Gesellschaftern wurde am 15. November 1996 das Spiel gestartet: Oberfranken bekam sein Lokal-TV. Der Sender selbst nahm seinen Sitz in Hof, aber die Zentrale ist von mehreren, rechtlich selbstständigen Produktionsfirmen abhängig und wird beliefert. Das dauert und kostet, aber Geld ist da – 5 Millionen Mark Stammkapital und die laufenden Zuschüsse von der BLM aus München. Das so genannte Teilnehmerentgelt hält Bayerns lokale TV-Landschaft am Leben. Allein zwischen 1992 und 1999 schüttete die Bayerische Landeszentrale für neue Medien (BLM) über alle bayerischen Lokal-TV-Stationen 216 Millionen Mark aus. Diese Subvention nennt sich „Kabelgroschen“, immerhin 24 Mark pro Kabel-Haushalt im Jahr, und versteckt sich in der Gebühr für den Kabelanschluss. Ab 2003 sollen diese Gelder allerdings wegfallen.

Das leiseste Spiel: Giuoco pianissimo

Vier Jahre und zwei Programmchefs nach Gründung von OberfrankenTV haben sich Weiß und Schwarz in der Gesellschaftergruppe herauskristallisiert: Auf der einen Seite die beteiligten Lokalzeitungen: Fränkischer Tag (11,1 %), Nordbayerischer Kurier (5,8 %) und Frankenpost (5,6 %). Ihnen gegenüber der Nürnberger Medienunternehmer und Telefonbuchverleger Gunther Oschmann mit 9,13 %. Bei den kapitalärmeren Mitspielern ist die Farbe egal: sie taugen gleich den Mitarbeitern notfalls zum Bauernopfer.

Bisherige Spielzüge lassen zwei Strategien erkennen: Die lokalen Medienunternehmen wollen ihr jeweiliges (Zeitung- und/oder Radio-) Monopol schützen und tendieren dazu, einen jeweiligen Stadtsender in Bamberg und Bayreuth dank der Zuschüsse aus München durchzufüttern. Weiteren Konkurrenten auf dem Werbemarkt soll damit der Zutritt verwehrt werden.

Der Medienunternehmer Oschmann hingegen spielt auf Zeit, denn er hat das notwendige Geld dafür und die Erfahrung aus zahlreichen Radio- und TV-Beteiligungen. Ihm ist es bereits beim Lokalradio gelungen, konkurrierende Sender an einem Standort unter einem Dach zu vereinen und so profitabel zu machen. Mit den postulierten

Vorstellungen der BLM von Medienvielfalt hat das allerdings nicht mehr viel zu tun.

Mit seinen neun (sichtbaren) Beteiligungen an insgesamt 29 bayerischen Lokal-TV-Sendern dürfte Oschmann eine gleichartige Strategie verfolgen: Ein bayerisches Funkhaus, das aus einem Netzwerk aller bayerischen Stationen mit eigener Sendelizenz besteht. Das könnte letztendlich sogar den Bayerischen Rundfunk ins Mark treffen.

Bamberger Rochade

Was die Situation in Bamberg angeht, so war der Wind aus Hof von Anfang an recht frisch. Die Bamberger Produktionsfirma FrankenTele verlor nach der Euphorie des Startups die redaktionelle Oberhoheit für ihr Revier und wurde zum technischen Dienstleister (Kamera und Schnitt) degradiert – Hof zog es vor, eine eigene Redaktion in der Domstadt zu finanzieren, anstatt einen selbstbewussten Konkurrenten mit Abspaltungstendenzen heranzuziehen. Das war nicht nur für Franken Tele ein schwerer Dämpfer, sondern auch für das FT-Verlagshaus, das die junge, ambitionierte Produktionsfirma auf seinem Gelände an der Gutenbergstraße beherbergt. Insider sprechen von einer maßgeblichen Beteiligung des FTs an Franken Tele – dadurch ist der Verlag in der Lage, als Gesellschafter seine Verluste an OberfrankenTV zu minimieren, indem er über Franken Tele indirekt an dem

Die Bauern sind die Seele des Schachspiels

Philidor

Sender verdiente. Geschäftspraktiken, die vor allem bei den kleineren Mitgesellschaftern bei OberfrankenTV, die diese Möglichkeit nicht haben, auf wenig Gegenliebe gestoßen sein dürften.

Hof kontrollierte jetzt die Inhalte, die Stimmung wurde gereizt – das Wort von der „Hof-Berichterstattung“ machte fortan die Runde und fiel im zersplitterten Oberfranken auf fruchtbaren Boden. Die Plattform für die Debatte lie-

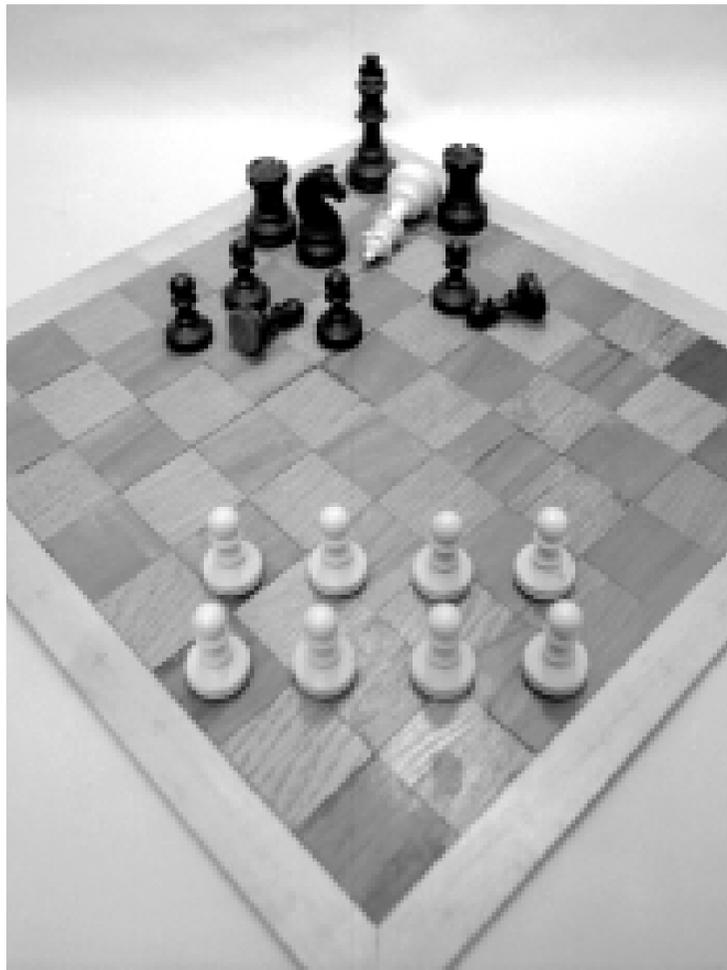


Foto: Erich Weiß

ferte die Tageszeitung „FT“ und verfolgte damit die Interessen des eigenen Hauses: ein Stadtsender unter FT-Aufsicht.

Stellungsspiel mit Rückendeckung

Ein neuer Geschäftsführer in Hof ging im Laufe des Jahres 2000 zum Angriff über. Die Mehrheit der Gesellschafter gab ihm Rückendeckung für ein Konzept, das die technischen Zulieferer gänzlich ausschalten sollte. Mit dem Umweg übers Programm finanzierte der millionenschwere Werbeauftrag eines einzigen Gesellschafter (aus Hof) drei neue Redaktionen mit eigener Technik, die im Frühjahr 2001 in der Nähe der Kabeleinspeisepunkte eingerichtet wurden.

Aus Buttenheim sollten fortan die Bamberger Belange übers Kabel in die Haushalte der Domstadt kommen: für ein werktägliches Viertelstündchen wollte Hof jeweils ein Sendefenster für die Oberzentren Bamberg, Bayreuth und Coburg aufmachen und damit den Vorwurf entkräften, nicht über Bayerisch-Sibirien hinauszublicken.

Doch im Frühjahr 2001 platzte der Plan. Denn jetzt stand die Verlängerung der Sendelizenz (für acht Jahre) ins Haus, und damit kam die BLM als Schiedsrichter wieder zum Zug und verlangte nicht nur Einigkeit unter der Gesellschaftern, sondern stellte auch

Bedingungen. Sie machte die Lizenzverlängerung u.a. von der verbindlichen Wiedereinbindung der lokalen Zulieferer, darunter Franken-Tele, abhängig. Der Konflikt innerhalb der Gesellschafter-Gruppe wurde härter.

Remis nach Zeitüberschreitung

Bei der Suche nach Kompromissen war die BLM eher bereit, das neue Konzept aus Hof zu zerschlagen, als den gesamten Sender auseinander fliegen zu lassen. Ziel der BLM blieb zwar die Sicherung einer flächendeckenden Berichterstattung, aber eine Zersplitterung in einzelne Stadtsender wollte man keinesfalls hinnehmen. Dabei machte sich die BLM die Argumente der ausgebooteten Produktionsfirmen zueigen, wo Arbeitsplatzverluste drohten. Aber eigentlich ging und geht es um die Existenz des Oberfranken-Senders überhaupt – und nicht nur um diesen: Ein Bericht der BLM an die Staatsregierung über die wirtschaftliche Situation der Lokalsender deutet das Desaster an, sollten die Subventionen aus dem Kabelentgelt wie bisher geplant ab 2003 ausbleiben. Rund 7000 Arbeitsplätze stünden dann in Bayern auf dem Spiel. Bei einem Kostendeckungsgrad von jetzt 46 Prozent wäre auch OberfrankenTV nicht überlebensfähig,

Fortsetzung auf Seite 2

I N H A L T

Lösungen liegen auf der Straße

Anwohner der Memmendorfer Straße stöhnen unter der Verkehrsbelastung, dabei könnte man mit Sofortmaßnahmen auf der Stelle beginnen.

Seite 3

„Die Symphoniker müssen ein Spitzenorchester bleiben“

Interview mit Martin Timphus vom Orchestervorstand der Bamberger Symphoniker

Seite 7

gazeuse – Was Sie im FT nicht lesen können

Wird GAL-Fraktion von OB gerügt? Mehrkosten für Landebahnausbau am Flugplatz

Seite 8

Jugendhilfeplanung

Wer ein gutes Betreuungsangebot für Kinder will, muss wissen, welche Kinder wann wie lange und wo Betreuung brauchen: Jugendhilfeplanung. In Bamberg will man das lieber nicht so genau wissen...

Seite 5

Warum der Schillerplatz Schillerplatz heißt

Mit der Umbenennung des Theaterplatzes in Schillerplatz 1859 setzte sich die bürgerliche Nationalbewegung in Bamberg ein kleines Denkmal.

Seite 7

Mülldiät macht den Geldbeutel fett

Trotz Recycling und Müllvermeidung geht in manchen Müll-„Sparten“ die Tendenz sogar nach oben: bei Sperrmüll und Einwegwindeln.

Seite 4

Fortsetzung von Seite 1

noch kleinere Stadtsender hätten schon gar keine Chance.

Der Medienrat der BLM verlängerte am 22. März nach „intensiver Diskussion“ die Sendelizenz von OberfrankenTV zunächst um fünf (!) Wochen – ein Schuss vor den Bug für alle Beteiligten. Diese Ausgangslage für das Endspiel führte schnell zum Waffenstillstand. Bereits

am 19. April waren sich alle wieder grün. Die Zulieferer kamen wieder ins Spiel und dürfen nun das neue Viertelstunden-Konzept aus Hof umsetzen. Die bereits installierten Außenredaktionen werden wieder aufgelöst und die Technik verkauft, das dafür rekrutierte Personal in die Wüste geschickt oder versetzt. Hier zog das Arbeitsplatzargument offenbar nicht: diese, zum Teil aus ande-

ren Sendern abgeworbenen Mitarbeiter hatten keine Verlegerfreunde vorzuweisen und schon gar keine Investitionen getätigt. Bauernopfer in einem Stellungsspiel, das über die Eröffnung nicht hinaus gekommen ist.

Nächste Partie für acht lange Jahre – vielleicht wäre jetzt eine sizilianische Eröffnung angebracht...

Frank Kubus

Mehr Sonne für Bamberg



Photovoltaik-Anlage auf der ERBA

Foto: Sylvia Schaible

Sonnenenergie ist auf dem Vormarsch: Allein im Jahre 2000 wurden bundesweit Solarzellen mit einer Kraftwerkskapazität von 43 MW Leistung neu installiert – das entspricht ungefähr der gesamten Leistung der zehn vorhergehenden Jahre. Auch in Bamberg tut sich was (im Bild die Photovoltaik-Anlage auf dem Dach des ERBA-Wasserkraftwerkes). Im Rahmen des von Bündnis 90/Die Grünen ini-

tierten 100.000-Dächer-Programms der Bundesregierung wurden bisher 24 Darlehensanträge aus Bamberg in Höhe von 650.000 DM genehmigt, wofür eine Leistung von 58 kWp ans Netz geht. Im Landkreis laufen derzeit insgesamt 107 Darlehen in Höhe von 4,2 Mio DM, für 406 kWp Leistung. Gefördert werden Photovoltaik-Anlagen außerdem durch das Erneuerbare-Energiengesetz, das eine

Vergütung von 0,99 DM pro erzeugter Solar-Kwh garantiert.

Leider tut die Stadt so gut wie nichts, um die Bürgerinnen und Bürger über die Vorteile aufzuklären. Die GAL hilft aber gerne weiter. Wer mehr über die Solarstromerzeugung und die finanzielle Förderung wissen will, wendet sich an das GAL-Büro (Tel./Fax 0951/23777), an Peter Gack (Tel. 9230388), oder an e-mail: post@gal.bamberg.de.



Karikatur: Christiane Pfohlmann

GALiges Wozu bin ich?

Der Stadtrat ist das höchste Gremium der Stadt. Ihm sind die wichtigen politischen Entscheidungen vorbehalten, damit weitreichende und tiefgreifende Folgen für die Bevölkerung von einem demokratisch gewählten Gremium verantwortet werden. Die Mitglieder des Stadtrats sind sich dessen bewusst und werden ihrer gemeindeordentlichen Bedeutung mit Würde gerecht. Nun ja – nicht immer, aber zumindest fast immer. Oder immerhin meistens. Jedenfalls immer dann, wenn es die Tagesordnung, die der Oberbürgermeister als Vorsitzender des Gremiums zusammenstellt, zulässt. Am 25. April 2001 war einer jener Tage, an denen die Stadtratsmitglieder zuweilen schwer mit ihrer korporalen Sinnhaftigkeit zu kämpfen haben und jedem/r einzelnen von ihnen sich irgend-

wann die Frage stellt: „Wozu bin ich?“ Die Tagesordnung war geprägt von so schwerwiegenden Zukunftsproblemen wie den Lieferzeiten in der Bamberger Fußgängerzone, der Umstellung der Parkgebühren von DM auf Euro und der Genehmigung von zwei beantragten verkaufslangen Samstagen. Noch drei weitere Tagesordnungspunkte, die vorberatende Senate bereits behandelt hatten, krönten die Tragweite der stadt-rätlichen Zusammenkunft. Da mag so mancher Stadtrat die Sitzung verlassen haben, beschwingt von dem beruhigenden Gedanken „Gut, dass Bamberg keine größeren Probleme hat“. Die üblen Kritiker aber, immer suchend nach Verbesserungswürdigkeiten, Missständen und Reibereien, trollten sich übellaunig, im Bewusstsein einer weiteren vertanen Chance.



Brief
ans Rathaus

GAL
Stadtratsfraktion

Bamberg, im Mai 2001

Betrifft: OB in der Pfanne

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in einer der letzten Stadtratssitzungen beklagten Sie sich darüber, dass Sie – so wörtlich – „von der GAL immer wieder in die Pfanne gehauen“ würden.

Laut Duden, 21. Ausgabe, 1996, Seite 562, ist „in die Pfanne hauen“ eine umgangssprachliche Redewendung für „jemanden zurechtweisen, erledigen, ausschalten“. Daraus ist deutlich zu ersehen, dass Sie sich in der Formulierung schlichtweg getäuscht haben müssen. Denn die GAL ist natürlich nicht zurechtweisend, sondern zukunftsweisend – die GAL erledigt auch keine Oberbürgermeister, sondern zuverlässig ihre politischen Hausaufgaben – und die GAL schaltet nur Atomkraftwerke gerne aus. Aber Sie kennen uns ja schon lange und wissen das!

Wir nehmen nun an, dass Sie mit der Wahl ihrer Redewendung ganz einfach die Kritik meinten, die wir hie und da – wo wir es eben für angebracht halten – an Ihnen äußern. Da ist natürlich was dran. Wenn uns etwas nicht passt, dann bemängeln wir, greifen an, kritisieren, nörgeln, klagen, fordern – was eben so zum politischen Geschäft gehört. Also gut – wenn Sie das als „in die Pfanne hauen“ bezeichnen wollen, finden wir das zwar etwas drastisch, wollen Ihnen Ihre Freude an kleinen Jammereinlagen aber gerne lassen.

Apropos. Da fällt uns der altbekannte Witz ein: „Was haben ein Ei und ein OB gemeinsam? Antwort: Man kann sie in die Pfanne hauen. – Und was ist der Unterschied? Antwort: Mit dem Ei geht's nur einmal.“ In diesem Sinne wünschen wir Ihnen eine robust-knusprige OB-Kruste und künftig nur noch unverkrampfte Begegnungen mit Pfannen.

Mit schulterklopfenden Grüßen

Ihre GAL-Fraktion

Lösungen liegen auf der Straße

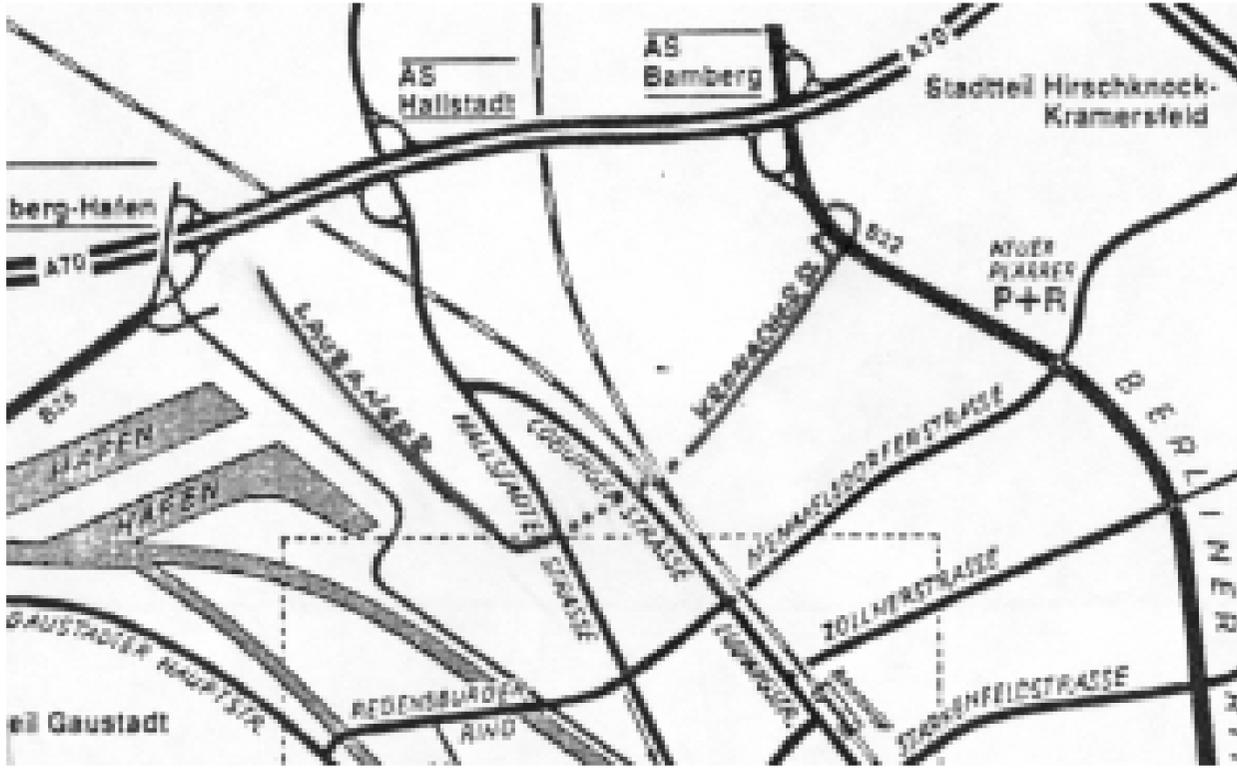
Memmelsdorfer Straße: Sofortmaßnahmen wären möglich, aber die Anwohnenden werden mit vagen Versprechungen abgespeist

Unstrittig ist: Die vom Autoverkehr ausgehenden Belastungen für die AnwohnerInnen der Memmelsdorfer Straße sind unerträglich. Doch während aus dem Bamberger Stadtrat meist nur ein Vorschlag zu hören ist – die Verlängerung der Kronacher Straße – verstreicht wertvolle Zeit, in der man den Anwohnenden spürbare Entlastung verschaffen könnte.

Was die Straßenbau-Freaks bei CSU, ÜBG und SPD meist verschweigen: Für die Verlängerung der Kronacher Straße bis zum Laubanger ist weder das notwendige Geld da, noch würde sie eine merkliche Verbesserung bringen. In einem Brief an die Bürgerinitiative „Nadelöhr“ gab es Oberbürgermeister Herbert Lauer offen zu: Auch nach dem Ausbau würden immer noch mindestens 15.000 Autos pro Tag auf der Memmelsdorfer Straße fahren – derzeit sind es 21.000.

Entlastungsstraße: A70

Abhilfe tut Not, und zwar schnell. Und kostengünstig soll sie auch sein. Aber wie? Wer auf den Stadtplan schaut, wird den Schlüssel für die Lösung schnell finden. Die Entlastungsstraße für die Memmelsdorfer Straße existiert nämlich bereits: Nicht einmal einen Kilometer nördlich von der Kronacher Straße verläuft sie – die A 70. Mit dieser Autobahn sind die Gewerbetriebe rund um den Laubanger – einem der Hauptziele für die jetzigen Nutzer der Memmelsdorfer Straße – hervorragend erreichbar. Für alle, die unbedingt mit dem Auto Richtung Innenstadt/Tiefgarage Georgendamm fahren wollen oder müssen, steht von der A 70 aus mit der Hafenerstraße und dem Marga-



Ein Ausbau der Kronacher Straße (gepunktete Linie) bringt der Memmelsdorfer Straße nur geringfügige Entlastung. Ein Teil des Verkehrs könnte stattdessen über die A 70 umgeleitet werden.

retendamm zudem eine weitgehend stadtverträgliche Verbindung zur Verfügung. Und wer mit dem Auto in den südlichen Bereich der Innenstadt will, sollte ohnehin lieber über Berliner Ring und Starkenfeldstraße fahren als durch die Memmelsdorfer Straße. Rein verkehrstechnisch ist die Verlängerung der Kronacher Straße schon heute:

Pförtnerampel

Solange die AutofahrerInnen aber durch die Memmelsdorfer Straße fahren können, werden sie nicht die Autobahn nutzen.

Schritt sollte am Berliner Ring eine Pförtner-Ampel installiert werden, die den Verkehrszufluss auf ein vertragliches Maß reduziert, also per Ampelschaltung nur eine bestimmte Anzahl Fahrzeuge in die Memmelsdorfer Straße hineinfahren lässt. Eine solche Anlage müsste – wie von

Nebeneffekt einer wesentlich besseren Auslastung dieses ja nicht gerade billigen Bauwerks hätte.

Busspur

Gleichzeitig könnte man mit einer neuen Busspur in der Memmelsdorfer Straße ein deutliches Signal zu Gunsten des ÖPNV

setzen. Wenn der P+R-Bus dort fährt, wäre zudem mit einem Halt an der Universität die leidige Parkplatzfrage rund um den Uni-Standort Feldkirchenstraße erheblich zu entschärfen. Ein Studi-Tarif für die Nutzung von P&R-Platz und -Bus würde die Sache noch attraktiver machen. Falls sich auch durch diese „weichen“ Maßnahmen in der Memmelsdorfer Straße noch nicht der gewünschte Entlastungseffekt einstellen sollte, wäre es an der Zeit, den Durchgangsverkehr Richtung Westen an einer geeigneten Stelle vor der Bahnunterführung ganz zu unterbinden.

Nur noch Anliegerstraße

Die Memmelsdorfer Straße wäre dann in ihrem östlichen Teil (Unterführung bis Berliner Ring) nur noch für die Erschließung der angrenzenden Gewerbe- und Wohngebiete zuständig. Im Abschnitt zwischen Unterführung und Siechenkreuzung / Hallstadter Straße, dem engsten und am stärksten belasteten Abschnitt also, wäre sie kaum mehr als eine Anliegerstraße.

Die AnwohnerInnen der Memmelsdorfer Straße, die mit Recht eine Entlastung einklagen, sollten sich also nicht länger vertrösten lassen. Eine kostengünstige und schnell realisierbare Lösung ist möglich. Der ständige Hinweis auf die Kronacher Straße, den sie im Wahlkampf von CSU, SPD und ÜBG wohl noch oft zu hören bekommen werden, ist nichts anderes als der untaugliche Versuch, die eigene Untätigkeit zu kaschieren.

Eine Brücke zum Flanieren und Verweilen



Foto: Sylvia Schaible

Die Kettenbrücke als einladender Übergang für Fußgänger und Fußgängerinnen würde nicht nur die Königstraße und das Luitpoldeck als Einkaufsmeile stärken, sondern auch in umgekehrter Richtung einen attraktiven Eingang in Bambergs „gute Stube“ bieten.

Derzeit hat die Kettenbrücke wenig bis gar keine Aufenthaltsqualität. Eine lange Reihe abgestelltes Blech – von Recy-

cling-Containern bis zu geparkten Pkws – dazu billige so genannte Kofferleuchten und ein umgestaltetes 08/15-Geländer las-



Zeichnung und Text: Elisabeth Barth

sen die Brücke als notwendiges Übel erscheinen, um über den Fluss zu kommen. Dabei würden wenige Maßnahmen genügen, um Menschen auf und über die Brücke zu locken.

Viel bringen würde schon ein Verzicht auf die Parkplätze, ein höhengleicher Ausbau von Gehwegen und Fahrbahn, falls möglich mit hochwertigeren Belägen auf dem Gehweg (z.B. Zie-

gelplatten), ein ansprechendes Geländer, gemütliche Sitzbänke und attraktive Leuchten. Zusätzliche Anziehungspunkte wären Straßencafés, Spielplätze für Kinder, Kunst im öf-

fentlichen Raum, aber auch temporäre Verkaufsstände oder ein Brückenfest. Und eine Attraktion käme gratis hinzu: ein wunderschöner Blick auf Sommer-Sonnenuntergänge.

Mülldiät macht den Geldbeutel fett

Mengen von Sperrmüll und Wegwerfwindeln steigen stetig – Die GAL fordert: Wer Müll vermeidet, muss belohnt werden

Seit den 90er Jahren hat die Stadt Bamberg ein relativ fortschrittliches Abfallwirtschaftssystem – auch dank vieler Anstöße der GAL-Stadtratsfraktion. Die Erfolge können sich sehen lassen: Der Restmüll reduzierte sich innerhalb kurzer Zeit auf ca. zwei Drittel, gleichzeitig wird immer mehr recycelt, die Verwertungsquote des gesamten anfallenden Mülls stieg auf über 60%. In den vergangenen Jahren allerdings stagniert die Lust auf Vermeidung. Noch immer fallen pro Bamberger Einwohner/in über 190 kg Restmüll an. Bei Sperrmüll und Windelsack sind sogar erhebliche Zunahmen zu verzeichnen. Aber die Stadtratsmehrheit sieht keinen Handlungsbedarf.

Notwendig wäre eine gerechtere Aufteilung der Müllkosten auf die VerursacherInnen: Wer wenig Müll produziert, zahlt auch wenig und umgekehrt. Praktiziert wird das bereits in einigen Landkreisen in Bayern durch mehrere Techniken: Die Mülltonne wird gewogen, oder die Mülltonne wird nur bei Bedarf geleert und die Leerung durch Chipkarte oder Aufkleber registriert. Vorstöße der GAL in diese Richtung wurden leider abgelehnt.

Größere Tonnen für weniger Müll?

Die neuen Mülltonnen, die in naher Zukunft aufgrund von EU-Vorschriften einzuführen sind, führen das bisherige System fort. Tonnen mit 80, 120 und 240 Liter Füllgröße sollen die bisherigen 70- und 110-Liter-Behälter ablösen. Damit werden sie nicht etwa kleiner, was dem gegenwärtigen Trend zu weniger Restmüll ja nur entsprechen würde, sondern bieten Platz für mehr Inhalt, sprich mehr Müll. Das ruft vollkommenes Unverständnis bei all den Haushal-

ten hervor, die sich bereits heute umweltbewusst verhalten und alle zwei Wochen höchstens 20 bis 30 Liter Müll verursachen, aber für 70 Liter zur Kasse gebeten werden.

Die GAL will diesen Rückschritt in der Abfallwirtschaft nicht mitmachen und fordert zumindest die Einführung der 60-Liter-Tonne oder die Einführung der so genannten Nachbarschaftstonne (Haushalte benachbarter Grundstücke dürfen eine Mülltonne gemeinsam nutzen und sich so die Müllgebühr teilen). Die Nachbarschaftstonne wird mittlerweile auch vom Umweltsenat gewünscht.

Windelwaschen belohnen

Aber auch beim Windelsack und beim Sperrmüll gibt es Nachholbedarf. Erstens nehmen hier die Abfuhrmengen kontinuierlich zu: bei Windeln + 20 % seit 1996, beim Sperrmüll + 200 % seit 1991. Zweitens werden die hierfür anfallenden Kosten von mehr als 1 Mio DM – das entspricht etwa 10 % der Ge-



Windelwaschen sollte belohnt werden

Foto: Sylvia Schaible

samtkosten – auf alle GebührenzahlerInnen umgelegt. Dies ist alles andere als gerecht und gewiss kein Anreiz zur Müllvermeidung.

Die GAL fordert, dass die bisher einseitig geförderte Wegwerfwindel zumindest verursachergerecht behandelt wird: Jeder Windelsack (Jahreskosten für die Stadt von 220.000 DM) sollte zunächst eine Gebühr von mindestens 4 DM kosten. Damit werden bei weitem nicht die gesamten Kosten auf Familien umgelegt, was aus sozialen

Gründen nicht vertretbar wäre. Im Gegenzug könnte man aber die Förderung der Mehrwegwindel mit 20.000 DM, die vor einem Jahr eingestellt wurde, wiederbeleben. Die WindelwascherInnen haben einen einmaligen Zuschuss beim Kauf von Windeln verdient, schließlich tragen sie damit zur Reduzierung des Müllaufkommens bei.

Sperrmüll auf Bestellung

Beim Sperrmüll müssen drin-

gend neue Lösungen her. 956 Tonnen im Jahr 1991 stehen 2300 Tonnen im Jahr 2000 gegenüber. Auch wenn die Sperrmüllabfuhr zweimal im Jahr zum kulturellen Ereignis in der Stadt geworden ist, die schönste „Kreuzberg-Atmosphäre“ nutzt nichts, wenn dabei ständig mehr Müll produziert wird und die Allgemeinheit dafür zur Kasse gebeten wird. Die Wiederverwertungsquote wird sogar steigen, wenn Sozialprojekte wie R.O.S.A. die organisierte Abholung übernehmen.

Um einen kleinen Anreiz zum bewussteren Umgang auch mit Sperrmüll zu erhalten, sollte darüber hinaus die Abfuhr pro Anmeldung mit einer Gebühr von ca. 20 DM belegt werden. Auch hier muss das Verursacherprinzip gelten: Wer permanent „Schrott“ produziert, muss sich auch finanziell um die Entsorgung kümmern. Vielleicht gibt das dem einen oder anderen einen Anstoß, in Zukunft mehr auf Qualität und Langlebigkeit zu achten.

SCHRÄGBLICK



Platz für die „City-Passage“ auf dem Sparkassen-Gelände?

Foto: Erich Weiß

Best of GAL

Anträge und was aus ihnen wurde

Damals verrückt – heute zurechtgerückt

Für „verrückt“ erklärten Stadtratskollegen den GAL-Vertreter Peter Gack, als ausgerechnet er als „grüner Radler“ Mitte der 80er Jahre dagegen stimmte, dass in der Friedrichstraße stadtauswärts ein Fahrradweg gebaut wird. Peter Gack lehnte den Radweg deshalb ab, weil er auf Kosten des Fußgängerwegs gebaut werden sollte. Mehr als zehn Jahre später konnte er nun seinen eigenen (alten) Standpunkt als Beschlussvorlage im Verkehrssenat wiederfinden.

Nach Vorschlag der Verwaltung und mit Zustimmung der Mehrheit im Senat wird demnächst (nach der Durchführung von Kanalbauarbeiten) der Geh-

steig um den alten Radweg erweitert, ein neuer Radstreifen auf der Straße soll entstehen und dafür werden sogar 21 Pkw-Stellplätze ersatzlos gestrichen.

Begründung: Rad- und Fußweg sind zu schmal, so dass die dort gehenden und fahrenden Personen sich gegenseitig gefährden; unter anderem der Seniorenbeirat führte darüber Beschwerde.

Außerdem ist nach der 1997 novellierten Straßenverkehrsordnung der Radweg zu schmal und nicht mehr benutzungspflichtig. „Zurechtgerückt“ wird nun also der kurzschrittige Beschluss aus den 80ern.

RATHAUSMAGAZIN

Zur Zeit verordnungslos

Das Umweltamt hat auch die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass Menschen nicht zur Unzeit durch Lärm belästigt werden. Das dachte sich jedenfalls ein Bürger, der sich über den mittäglichen Lärm von Rasenmähern einer angrenzenden Wohnanlage ärgerte. Im Namen der Nachbarfamilien mit kleinen mittags-schlafenden Kindern bat er um Ruhe, wurde abgewiesen und wollte sich daraufhin im Rathaus nach den örtlichen Vorschriften erkundigen. Die Antwort aus dem Umweltamt hat nicht nur ihn verduzt. Eine gültige Lärmschutzverordnung gibt es derzeit nicht.

Tatsächlich bestimmt die am 11. Mai 1981 erlassene „Verordnung zum Schutz vor unnötigem Lärm in der Stadt Bamberg“ in § 6, Abs. 2: „Diese Verordnung gilt 20 Jahre.“ Im Rathaus hatte man (vielleicht wegen wohliger Ruhe?) eine rechtzeitige Fortschreibung offenbar verschlummert. Aber auf sofortiges Nachfragen der GAL versprach Amtsleiter Gnad eine völlige Überarbeitung und eine Beschlussvorlage für den Stadtrat noch vor der Sommerpause. Also: Die Zeiten unordentlichen Lärms sind bald wieder vorüber.

Nicht verzagen, Lauer fragen

Haben Sie Kummer mit Ihren grillenden Nachbarn? Stört Sie der Lärm von Straßenfesten vor

Ihrem Schlafzimmerfenster? Besteht in dem unabgesenkten Bordstein vor Ihrer Haustür eine Stolperfalle für Ihren Schwiegervater? Was tun, wenn das individuelle BürgerInnen Glück durch (bitte setzen Sie den Gegenstand Ihrer Beschwerde ein) getrübt wird? Keine Panik: Unsere Stadt verfügt über eine Geheimwaffe der Bürgerfreundlichkeit, Oberbürgermeister Herbert Lauer. Wie kommen wir darauf? Hier die Geschichte:

Die BewohnerInnen der Häuser Babenberger Ring X und Y leiden seit Jahren darunter, dass in ihrer Nähe und ca. 20 Meter vom Haus Meranierstr. Z (alle Adressen sind der Redaktion bekannt) Glascontainer stehen. Für die Platzierung der schmucklosen Kästen ist das Umweltamt zuständig. Zur Überraschung der Bewohner des Hauses Meranierstr. Z werden die Container eines Tages umgesetzt, genau vor ihr Haus. Standen die Behälter vorher auf unbebautem Grund, blockieren sie jetzt Parkplätze. Nervte der Lärm zerbrechender Flaschen vorher maximal zwei Familien, haben jetzt acht Familien Grund zur Klage. Auf Nachfrage konnte das Umweltamt keine Gründe für die Umsetzung nennen. Die Anordnung, so hieß es, komme direkt aus dem Büro des Oberbürgermeisters.

Das Pikante an der Geschichte: „Begünstigte“ der Umsetzungsaktion sind die BewohnerInnen der Häuser am Babenberger Ring – und in einem der Häuser wohnt der OB selbst.

Wir wollen damit jedoch nichts unterstellen!

Aber die Geschichte birgt eine grundsätzliche Botschaft: Wenn Sie ein Problem haben, vertrauen Sie nicht darauf, dass die Stadt bzw. eines ihrer Ämter über ein allgemein gültiges Konzept verfügt, das ohne Ansehen der Person greift. Wenden Sie sich lieber direkt an Oberbürgermeister Herbert Lauer.

Luftnummer

2.750.000 DM wurden im Haushalt 2001 als Betriebskostenschuss für die städtischen Alten- und Pflegeheime bereitgestellt. Damit sollten Antoni-Stift und Bürgerspital wie gewohnt für das vergangene Jahr, nämlich 2000, finanziert werden. Bald stellte sich heraus, dass in diesem Jahr 2000 aber nur 2.500.000 DM ausgegeben wurden. Die GAL-Fraktion freute sich bereits und glaubte mit den nicht beanspruchten 250.000 DM wertvolle Gelder für freiwillige soziale Leistungen der Stadt gefunden zu haben, da zauberte Kämmerer Heinz Faust noch ein paar „Ausgabeposten“ herbei. Es seien kurz vor Jahreschluss noch einige Sanierungsarbeiten angefallen, die zwar noch nicht ausgeführt, aber doch in Auftrag gegeben seien und deshalb noch zum Jahr 2000 und mithin zum Haushalt 2001 gehörten.

Aufgrund wiederholter Nachfragen von GAL-Stadtrat Wolfgang Budde windet sich die Stadtverwaltung seither in

Ungenauigkeiten und Wahrscheinlichkeiten – konkrete Sanierungsmaßnahmen und deren exakte Kosten hat sie bisher aber nicht benannt. Die 250.000 DM bleiben eine unfassbare Luftnummer, deren Spuren sich irgendwo in den Rathausgängen am Maxplatz verlieren.

Solch undurchsichtiges Haushaltsgebaren fördert das Vertrauen in die Stadtverwaltung jedenfalls nicht – weder von Seiten des Stadtrats noch von Seiten der Bürgerschaft. Werden Haushaltsansätze etwa ausgewürfelt und erst danach überlegt, wofür das Geld eigentlich ausgegeben werden soll? Und wie ernst nimmt die Stadtverwaltung eigentlich ihre Informationspflicht gegenüber demokratisch legitimierten StadträtInnen?

Spruch ausm Stadtrat:

Sponsel: „Jetzt muss ich ausnahmsweise mal den OB unterstützen.“

Lauer: „Wie gnädig...“

GAL-Stadtrat **Peter Gacks** plädiert für ein Weiterbestehen des Gaustadter Freibades: „Der Freistaat Gaustadt muß unbedingt erhalten bleiben.“

Knappe und unmissverständliche Stellungnahme der „Stadtwerke Bamberg Bäder GmbH“ zu Vorschlägen des Rechnungsprüfungsamts, das Hallenbad attraktiver zu machen:

„FKK-Schwimmen ist in Bamberg nicht durchführbar.“

Die GAL lädt ein

bamberg: brennstoffquelle brennstoffzelle

Fachtagung 2

am Donnerstag, 12. Juli 2001, 17 Uhr
im Innovations- und
Gründungszentrum Bamberg (IGZ)

Die Brennstoffzelle für Heiz- und Fahrzeugtechnik: umweltschonende Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen.

Die Brennstoffzelle für Bamberg: moderne und zukunfts-sichere Arbeitsplätze, Hightech im Weltkulturerbe, eine Stadt steht für Innovation.

Programm:

17 Uhr:

Begrüßung – Ursula Sowa (GAL), Margarete Bause (Landesvorstand Bgo/Grüne), Dr. Klaus Rumer (IGZ)

17.30 Uhr:

Die BRENNSTOFFZELLE – „DER UNAUFHALTSAME AUFSTIEG“ Dr. Werner Tillmetz (Geschäftsführer Ballard Power Systems, Kirchheim-Nabern)

18 Uhr:

PRAXISTEST – DER M.A.N.-BRENNSTOFFZELLENBUS Dr. Karl-Viktor Schaller (M.A.N. Fahrzeuge AG, München)

18.30 Uhr:

Pause mit Imbiss

19 Uhr:

Diskussion „BAMBERGER SZENARIO“ mit VertreterInnen aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Universität

Die Fachtagung richtet sich an alle Interessierten.

Keine Teilnahmegebühr.

Anmeldung erwünscht bis 6.7.2001.

Fordern Sie das Programm zur Fachtagung an: GAL-Büro, Tel./Fax 0951/23777 oder e-mail: post@gal.bamberg.de, oder informieren Sie sich auf unserer homepage www.gal.bamberg.de.

Irritationen in BA-Mitte

Verwirrung und viele Fragen ruft derzeit der Bebauungsplan Bamberg-Mitte (zwischen Unt. Königstr. 32 und Ob. Königstr. 11) bei betroffenen Bürgern und Bürgerinnen hervor. Die GAL-

Stadtratsfraktion hat deshalb auf Anregung von Anwohnenden den Oberbürgermeister gebeten, eine öffentliche Informationsveranstaltung abzuhalten.

In dem traditionellen Gärt-

ner-Viertel sind dringend Sanierungsmaßnahmen notwendig, für die nach der Ausweisung als formales Sanierungsgebiet nun auch Städtebaufördermittel von Bund, Land und

Stadt beantragt werden können. Die GAL hofft, dass auch in der Stadtverwaltung der Sanierungsgedanke erste Priorität genießt, und nicht zuerst lukrative Neubauten entstehen, während die alte Bausubstanz sich selbst überlassen bleibt.

Diese Sorge ist nicht unbegründet: Denn es existieren bereits spruchreife Neubaupläne der Stadtbau GmbH, gleichzeitig besitzt das städtische Wohnungsbauunternehmen aber mehrere Altbauten, die seit Jahren verkommen.

Zu hoffen ist auch, dass die Stadt ihr Versprechen einhält, ein Sanierungsbüro einzurichten, das für Bürger und Bürgerinnen als Ansprechpartner dient, Fragen beantwortet und bei privaten Sanierungsmaßnahmen berät.

Die GAL und die Menschen aus BA-Mitte sollten dran bleiben! Die öffentliche Bürgerbeteiligung läuft noch bis Ende Juni – dazu könnte die Informationsveranstaltung eine Ergänzung sein.



Ein Bebauungsplan für Bamberg-Mitte: hier der Parkplatz an der Färbergasse

Foto: Sylvia Schaible

KAUFRAUSCH
DER BESONDERE SCHMUCK
UND KUNSTWERKEHÄNDLER
1971
ZUNÄCHST
JETZ
ZUSAMMEN MIT WITOLD
Austraße 21 • 99047 Bamberg
Tel. 0951/2 8807

DINO BAUBIOLOGIE
ökologische Bauplanung
Klimaanpassung
in Holz- oder
Mischbauweise
zum Festpreis!

Sandweg 16 • 99188 Oberbach
Tel. 09541-49 07 70 Fax 09 57 71
www.dino-baubiologie.de

Jugend up to date

Der Jugendkulturtreff „Immerhin“ sucht einen PC, und die GAL hat versprochen, zu helfen.

Folgende Komponenten sollte der PC haben:

Prozessor: 350 Mhz

Hauptspeicher: 32 MB

Festplatte: 3 GB

CD-Rom-Laufwerk

Grafikkarte

SVGA-Monitor: 15 Zoll

evtl. Netzwerkkarte od. Modem für Internetverbindung

Wer will dringend ein Gerät dieser Art los werden?

Bitte melden im GAL-Büro: Tel./Fax 0951/23777

oder e-mail: post@gal.bamberg.de.

Im Gespräch mit Martin Timphus

„Die Symphoniker müssen ein Spitzenorchester bleiben“

Die gaz sprach mit Martin Timphus über die Finanzkrise der Bamberger Symphoniker, über die Lehren daraus und über die Zukunft angesichts der ab 2004 wegfallenden Bundeszuschüsse.

gaz: Wann erfuhren Sie als Orchestervorstand von der Finanzkrise?

Timphus: Seit dem Amtsantritt von Herrn Weigmann wurde Geld sehr großzügig ausgegeben. Der Orchestervorstand hat im Herbst 2000 dem Intendanten die Frage nach der Finanz-

„Wir sind nicht zahlungsunfähig, diese Gerüchte sind falsch.“

lage gestellt. Noch im November 2000 sagte Weigmann vor dem ganzen Orchester, dass alles punktgenau in Ordnung sei. Sechs Wochen später fehlte offiziell eine Million, ein paar Wochen später dann noch viel mehr. Wir haben natürlich nachgefragt, was die Gründe für diese Finanzkrise sind: Ob er falsch beraten wurde, ob er sich verrechnet hat, ob er gar nicht gerechnet hat oder ob er uns einfach belogen hat.

gaz: Welche Antwort haben Sie bekommen?

Timphus: Keine. Diese Frage hat Herr Weigmann uns nie beantwortet. Es wäre selbst mit zusätzlichen Finanzmitteln zweifelhaft gewesen, ob er es geschafft hätte, aus der verfahrenen Situation wieder herauszukommen. Irgendwann hat man das Ver-

trauen auch mal verspielt.

gaz: Wie ist die jetzige Situation der Symphoniker?

Timphus: Seit Mitte März, seit der fristlosen Kündigung, ist Weigmann nicht mehr im Amt. Er hatte zwar auch gute Ideen, konnte sie aber nicht in Beziehung zum vorhandenen Geld setzen. Dadurch sind die Rücklagen von 3,1 Mio DM aufgebraucht. Wir sind aber nicht zahlungsunfähig, diese Gerüchte sind falsch. Zahlungsunfähig wären wir geworden, wenn die Gurrelieder Tournee wie geplant stattgefunden hätte. Sie wurde nun abgesagt – das ist künstlerisch traurig, aber unausweichlich.

gaz: Hat der Ruf der Bamberger Symphoniker gelitten durch diese Krise?

Timphus: Nein, ganz klar nein. Denn die „Bamberger Symphoniker“ als Klangkörper waren ja nicht betroffen. Es war eine Intendantenkrise, keine Orchesterkrise. Jonathan Nott ist ein sehr engagierter Chefdirigent und alle Musiker haben ein sehr professionelles Selbstverständnis. Alle halten jetzt zusammen.

gaz: Wie sehen Sie die Zukunft der Bamberger Symphoniker angesichts der ab 2004 wegfallenden Bundeszuschüsse. So einfach lässt sich das Finanz-

loch ja nicht auf die übrigen Zuschussgeber (Stadt, Land Bayern und Bezirk) verteilen. Bekommt man die Symphoniker nicht auch billiger?

„Es war eine Intendantenkrise, keine Orchesterkrise.“

Timphus: Nein, die Bamberger Symphoniker sind nur als Spitzenorchester denkbar. Wir sind regelmäßig auf Tourneen, im Rundfunk und auf CD vertreten. Auf niedrigerem Niveau wäre die Wirkung gar nicht mehr da. Wir versorgen ja nicht nur Bamberg mit 34 Abo-Konzerten pro Jahr, sondern sind auch in Bayreuth, Erlangen, Fürth, Kissingen, Würzburg und Schweinfurt regelmäßig zu hören. Für Bamberg als Touristen-, Kultur- und Musikstadt sind wir in dieser Form unentbehrlich.

gaz: Gäbe es nicht die Möglichkeit, die Bezahlung der Musiker zu senken, gleichzeitig aber auch die Verpflichtungen für die Symphoniker zu reduzieren, so dass mehr Zeit für freischaffende Tätigkeit bleibt.

Timphus: Dafür ist unser Terminkalender einfach zu voll! Bei weniger Auftritten würden die Einnahmen ja auch sinken. Ich

denke: Wir müssen uns offensiv auf einem hart umkämpften Markt behaupten. Auf Tourneen und CD-Produktionen dürfen wir deshalb nicht verzichten, auf die Konzerte in Bayern sowieso nicht. Ein gutes Orchester muss so oft wie möglich auf die Bühne. Das bringt auch musikalisch die besten Resultate.

gaz: Was ist Ihr Rezept für die Neuordnung der Finanzen ab 2004?

Timphus: In Bayern gibt es vier hochrangige Orchester, wovon alle außer den Bamberger Symphonikern in München ansässig sind. Ich sehe schon eine besondere Verantwortung der bayerischen Zuschussgeber. Wir als Musiker möchten mit erstklassigen Konzerten das beste Argument für den Erhalt des Orchesters liefern. Konkrete Verhandlungen sind aber Sache des Kuratoriums unter Vorsitz von Herrn Kunstminister Zehetmair.

gaz: Ist Sponsoring eine Möglichkeit, wie es bereits mit Siemens begonnen wurde?

Timphus: Sponsoring ist nur dann gut, wenn es die künstlerische Leistung nicht beeinträchtigt. Die Abmachung mit Siemens – Laptops statt Notenblätter – war in der Praxis hinderlich und wird auch nicht mehr praktiziert. Die Kontakte zu Si-

emens bestehen noch, aber ein Sponsoring muss völlig neu gestaltet werden. Von dem Verein „Freunde der Bamberger Symphoniker“ kommt jetzt ein Ansatz, der mir gut gefällt. Es soll einen regionalen Sponsorenkreis geben, in dem viele kleinere Beiträge gesammelt werden. Dann ist man auch nicht mehr so abhängig von einem einzelnen Haupt-Sponsor. Aber ich betone nochmals: Die Grundversorgung auf hohem Niveau muss gewährleistet sein. Sponsoring sehe ich eher als Möglichkeit, Zusatz-Highlights zu finanzieren, wie z.B. einen besonderen Gastkünstler oder eine außergewöhnliche Tournee.

„Der Orchestervorstand sollte Rederecht im Kuratorium bekommen.“

gaz: Vielleicht muss auch noch mehr neu geordnet werden als die Finanzen. Wie sehen Sie als Orchestervorstand das?

Timphus: Aus der Krise kann man natürlich auch lernen. Das



Martin Timphus ist seit 1985 bei den Bamberger Symphonikern und seit einem Jahr Vorsitzender des dreiköpfigen Orchestervorstands.
Foto: privat

Kuratorium sollte meines Erachtens öfter tagen. Und der Orchestervorstand sollte zumindest Rederecht bekommen. Immerhin erwirtschaften wir ja ca. 23 % der Einnahmen selbst. Bisher mussten wir uns schon darum bemühen, überhaupt eine Einladung zu Kuratoriumssitzungen zu bekommen. Außerdem darf man nicht nur das finanzielle betrachten, das ist nur ein Teil, auch künstlerisch, organisatorisch und menschlich muss die Atmosphäre stimmen – das ist mir sehr wichtig.

gaz: Wenn Sie drei Wünsche frei hätten, wie würden die lauten?

Timphus: Dass Jonathan Nott lange bleibt, dass wir viele und wunderschöne Konzerte für unsere Hörer geben und dass wir im Herbst einen fähigen und ehrgeizigen Intendanten bekommen.

DIE HISTORISCHE ECKE

„So erblüht ihr ein Trost ...“

Warum der Schillerplatz Schillerplatz heißt

Seit geraumer Zeit wird eine Diskussion zur Umbenennung des Schillerplatzes in E.T.A.-Hoffmann-Platz geführt. Dabei weiß kaum jemand, wie der Schillerplatz zu seinem Namen kam. Nicht die Person des Dichters sollte geehrt werden, vielmehr stand die Umbenennung des Theaterplatzes 1859 symbolhaft für eine politische Idee des 19. Jahrhunderts.

Ende Mai 1859 beschwerte sich ein Leserbriefschreiber im Tagblatt entrüstet, französische „Crinolinen“ (Reifröcke) seien in den „höheren Gesellschaftskreisen“ Bamberg immer noch zu finden und schlug vor, französische Mode zu verbannen. Nun war dieser Bürger keineswegs ein gänzlicher Verächter

französischer Wäsche. Hinter seinem Missmut gegen die Crinoline verbarg sich eine ablehnende Haltung gegenüber dem französischen Machthaber Napoleon III. Dieser wiederum galt mit seiner Politik als Garant für die deutsche Kleinstaaterie (also auch für das Bayern-Königreichlein von Napoleons Gnaden), als Verhinderer eines geeinten

deutschen Nationalstaats und damit auch als Hemmschuh auf dem Weg zu mehr bürgerlichen Mitbestimmungsrechten.

Nach der Revolution von 1848/49 hatte die bayerische Obrigkeit jegliche Äußerung nationaler Sehnsüchte oder bürgerlicher Freiheitswünsche brutal unterdrückt. Politische Parteien und Versammlungen

waren unter Strafandrohung verboten. So suchte sich die politisch interessierte Öffentlichkeit Auswege, um ihre Ziele darzustellen.

Zu diesem Zweck bot sich auch der 100. Geburtstag Schillers im November 1859 an. Friedrich Schiller galt damals als der „deutsche“ aller Dichter, als „Personifikation der

deutschen Natur“. Dementsprechend drückte die Verehrung für ihn die Sehnsucht weiter Teile der Bevölkerung nach einer Verwirklichung der deutschen Einheit aus. Die wieder auflebende Nationalbewegung nutzte dies zu deutschlandweiten Demonstrationen.

Auch in Bamberg organisierte ein Komitee eine Schillerfeier, die „einen schönen Bestandteil des allgemeinen deutschen Nationalfestes“ bilden sollte. In einem Aufruf an die Bamberger umriss das Komitee seine Vorstellungen: „Wenn es der lebenden Generation kaum mehr vergönnt ist, ihre Blicke an der äußeren Größe des Vaterlandes zu weiden, so erblüht ihr ein Trost in der Bewunderung seiner geistigen Kräfte.“ Die Feier sei „auch eines jener unauslöschlichen geistigen Zeichen einer nationalen deutschen Einigung“.

Ein langer Festzug setzte sich

vom Theaterplatz in den Hain in Bewegung. Unter Beteiligung von Schülern, des Gesangsvereins „Liederkrantz“ und der Anteilnahme der Bevölkerung wurde auf der ab da so benannten Schiller-Wiese eine Schiller-Eiche gepflanzt und nationalpolitische Reden gehalten. Des Abends führte man im Theater Schiller'sche Werke auf. Im Nachklang der Festaktivitäten beschloss der Stadtmagistrat am 29. November 1859 die Umbenennung des Theaterplatzes in Schillerplatz.

Der Bamberger Schillerplatz wurde also ebenso wie die Schiller-Wiese nicht aus einer bloßen Laune heraus so benannt. Beide Bezeichnungen dokumentieren einen bestimmten Aspekt politischer Geschichte Bamberg im 19. Jahrhundert und sind deshalb selbst als historische „Denkmäler“ zu sehen.

Stephan Link



Foto: Sylvia Schaible

99Zeuse

was Sie im FT nicht lesen können

GAL informiert – OB droht

Die Stadtratsfraktion der GAL könnte bald eine offizielle Rüge bekommen oder auch ein Ordnungsgeld zahlen müssen. Das jedenfalls hat brieflich Oberbürgermeister Herbert Lauer angedroht, sofern ihn die ins Visier genommenen GAL-Stadträtinnen Ursula Sowa und Petra Friedrich nicht noch von ihrer Unschuld überzeugen.

Hintergrund ist eine Pressemitteilung vom März, in der die beiden GAL-Vertreterinnen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Bausenats plauderten: Die Eigentümerin der sanierungsbedürftigen Gutsgebäude des Cherbonhofs in Gaustadt, die dubiose Firma Konnex, hatte von der Bausenatsmehrheit erneut eine Fristverlängerung gewährt bekommen, obwohl die denkmalgeschützten Gebäude bereits vor Jahren hätten saniert werden müssen. OB Lauer wirft den GAL-Stadträtinnen nun eine „Verletzung der Geheimhaltungspflicht“ vor.

Dazu verpflichtet tatsächlich Artikel 52, Absatz 3 der Bayerischen Gemeindeordnung. Al-

lerdings nur so lange, bis die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind. Über diesen Zeitpunkt schweigt sich die Gemeindeordnung allerdings aus. Nach Auffassung des Bayerischen Staatsministeriums des Inneren obliegt die Entscheidung, ob Geheimhaltungsgründe weggefallen sind, dem Stadtrat. Er müsste also von Fall zu Fall darüber beschließen – das macht der Bamberger Stadtrat aber nie. Soll also deswegen alles für alle Zeiten geheim bleiben?

Das kann die GAL mit ihrem demokratischen Auftrag nicht vereinbaren und hat sich in wichtigen Dingen schon immer an die Öffentlichkeit gewandt, vorausgesetzt dass keine schützenswerten Rechte auf Geheimhaltung erkennbar waren. Auch in diesem Fall hat sich die GAL so verhalten: Die Firma Konnex ist als Eigentümerin des Cherbonhofs allseits bekannt, allein schon durch ihre regelmäßigen Anzeigen im Immobilienenteil des FT. Dass keine Sanierungsarbeiten stattfin-

den, können spazierengehende GaustädterInnen ebenfalls täglich sehen. Nur dass sich der Bamberger Stadtrat nach einem Jahrzehnt „Sanierungsversprechen“ erneut ins Bockshorn jagen lässt, das hat die GAL nun veröffentlicht.

Übrigens befindet sich Oberbürgermeister Herbert Lauer durchaus in demselben Geheimhaltungs-Dilemma und legt in seiner alltäglichen Amtspraxis immer wieder höchstpersönlich den Zeitpunkt fest, wann geheime Entscheidungen öffentlich werden dürfen. Zum Beispiel in jüngster Zeit beim Zuschlag für die Sanierung des Stadtbades oder bei der Diskussion im Ältestenrat über die Neubesetzung des Wirtschaftsreferats.

Daran haben ihn Ursula Sowa und Petra Friedrich in ihrer schriftlichen Stellungnahme zu dem Vorwurf denn auch erinnert und sind nun gespannt, ob es vielleicht künftig zu gemeinsamen und transparenten Festlegungen für die Geheimhaltungspflicht kommt.

Darf's ein bisschen mehr sein?

Die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Bamberg hängt von seiner flugverkehrlichen Erreichbarkeit ab. Das hat der Stadtrat (ausgenommen die GAL) bald erkannt und 1998 einen Ausbau des Flugplatzes an der Breitenau beschlossen, damit auch wichtige und gewichtige Business-Leute in ihren Fliegern hier landen können.

Die Stadt Bamberg stellte trotz allseitiger Klagen über das darbenende Stadtsäckel 500.000 DM zur Verfügung,

übrigens ebenso wie Hallstadt und der Landkreis.

Doch wie sich herausstellte, war es mit diesen 1,5 Millionen DM nicht getan: Die an der Nutzung des Flugplatzes beteiligten Amerikaner machten völlig unerwarteterweise altbekannte Sicherheitsbestimmungen geltend; ein Autobahn-Hinweisschild ragte frecherweise in eine Anflugschneise und musste entfernt werden; und dann auch noch die lästigen Naturschützer: Sie hatten die Auflage, eine 1,5 ha

große Ausgleichsfläche für zerstörten Sandmagerrasen zu schaffen, doch glatt im Gedächtnis behalten, und der musste nun für teures Geld angelegt werden. War das etwa vorher abzusehen?

Alles in allem: 100.000 DM mehr, bitte schön, für Bamberg also ein gutes Drittel: 35.000 DM.

Aber kein Problem – für solche „Überflieger“ haben Stadtratsmehrheit und Kämmerer immer noch was in den Rücklagen.

Kohle scheffeln statt Klima schonen

Trotz (oder wegen) Ökosteuern und freiem Stromhandel hat der Energiebereich der Stadtwerke im Jahr 1999 einen fetten Gewinn von 28 Millionen DM eingefahren. Dieses Spitzenergebnis ist selbst nach Abzug der Steuern mit 19 Millionen DM kein Grund zur Traurigkeit. Ganz anders jedenfalls, als es die „Katastrophenwarner“ aus den Reihen von CSU/SPD/ÜBG vorhergesagt haben. Was wurde den Beschäftigten und der Bevölkerung nicht für Angst vor einem Finanzdesaster eingeredet, nur um einen Verkauf von Stadtwerke-Anteilen an

EVO (jetzt e-ON) und Ferngas Nordbayern (FGN) durchzuboxen.

Die GAL hat bereits 1998 massiv vor diesem Teilverkauf städtischen Tafelsilbers gewarnt. Zu Recht, wie sich nun herausstellt. Erstens muss natürlich auch der Gewinn geteilt werden, zweitens ist der Erlös aus dem Verkauf der Stadtwerkeanteile mittlerweile im riesigen Bamberger Haushaltsloch verschwunden, und drittens bleiben die Stadtwerke wie eh und je die klimapolitischen Geisterfahrer der Stadt. Es wird nichts in die Kraft-Wärme-Kopplung inve-

stiert, die Eigenstromerzeugung durch regenerative Energien (Sonne, Wasser, Wind, Biogas) wird nicht ausgeweitet, und von modernen Contracting-Modellen (gemeinsame Investitionen von BürgerInnen und Stadtwerken in Energiesparmaßnahmen) ist auch nichts zu hören.

Sonnenklar, warum das so ist: An umweltschonender Eigenstromerzeugung oder gar Energieeinsparung hat der angeheiratete Vorlieferant aus dem e-ON-Konzern kein Interesse, denn dann verdient er ja nichts mehr mit seinen Großkraftwerken.



Foto: Sylvia Schaible

Ein Friedensnetz wurde mit Hilfe des Agenda-Preises 2000 der GAL-Stadtratsfraktion gesponnen. Der mit 5000 DM dotierte Agenda-Preis war vor einem Jahr an den Mitarbeiter des Gartenamts und Initiator des Baumobils, Frohwalter Frank, verliehen worden. Er finanzierte damit die Aufstellung eines Friedensnetzes: Holzpfähle, die von Schülern und Schülerinnen der Berthold-Scharfberg-Schule und der Pestalozzi-Schule geschnitten und bemalt wurden, tragen ein Friedensnetz, das im Mai ein-

geweiht wurde. Es soll symbolisch für das Miteinander aller Kinder und Menschen stehen, ob sie nun mit oder ohne Behinderung geboren wurden. Und gleichzeitig ist es ein fröhlich-buntes Klettergerüst im Wassermannpark bei der Auferstehungskirche.

Der Agenda-Preis 2001 geht übrigens an die vor allem für Umweltschutz und Gesundheit engagierte Ärztin Dr. Cornelia Waldmann-Selsam und wird bei einer Matinee am 1. Juli 2001, 11 Uhr, auf der Fuchsenwiese verliehen.

Wir suchen

ZeitungsausträgerInnen

zum Verteilen der 99Z im Stadtgebiet

Die 99Z erscheint 3 mal pro Jahr.

Wir zahlen 60 DM pro verteilte 1000 Stück.

Bitte melden: Tel. 23777, e-mail: post@gal.bamberg.de

Feiern Sie mit!

20 Jahre GAL

Große Fete
am 29. September 2001, 20 Uhr,
in den Café-Haas-Sälen
in der Sandstraße

mit Musik und Tanz,
einer Performance, Revolver, Irene
Mittermeier, einem prominenten
Überraschungsgast u.v.a.

www.gal.bamberg.de

www.bamberg-kribbelt.de

HAU- UND FERN
UMZÜGE
PETER SCHIELE
ausländische
Möbel- und Architekturgüter
Klimatisierung - Aufstellklima
1992/97 Qualitätsminister Nr. 1100
☎ 099 511 6 83 29 fax 099 51 42

impresum

Die 99Z wird von der Redaktionsgruppe der Grün-Alternativen Liste Bamberg gestaltet: Wolfgang Budde, Petra Friedrich, Peter Gack, Dr. Gerd Rudel, Sylvia Schaible, Ursula Sowa

Verantwortliche Redakteurin (auch für Anzeigen): Sylvia Schaible, Grüner Markt 7, 96047 Bamberg

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Elisabeth Barth, Frank Kubus, Stephan Link

Photos: Sylvia Schaible, Erich Weiß

Karikatur: Christiane Pfohlmann

Satz: Erich Weiß Verlag, Bamberg

Druck: Obermain Tagblatt, Lichtenfels

Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen/Alternative Liste, Kreisverband Bamberg-Stadt

Auflage: 12.000
Nr. 56 / Juni 2001

Kurt Meier
fährt ...



... fast alles!

Gebäudepark 7
96040 Bamberg
Telefon 099 51 39 22 76